

Die Beauftragte des Landes Brandenburg  
zur Aufarbeitung der Folgen  
der kommunistischen Diktatur

## Landgang - Ein Briefwechsel

zwischen Günter de Bruyn und Stefan Berg

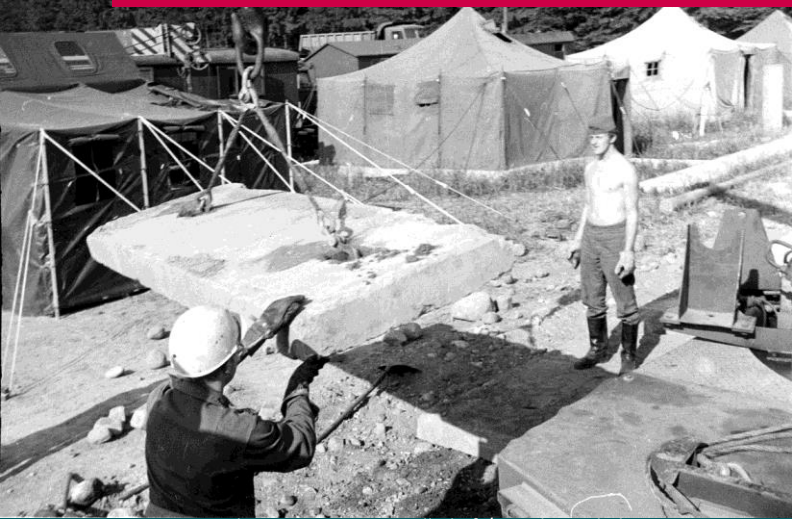


Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft/Berndt Püschel

Vortrag und Gespräch

**Mittwoch, 3. September 2014**

**19:00 - 21:00 Uhr**

Landtag Brandenburg, Raum E.060

Alter Markt 1

14467 Potsdam

Am 7. September 2014 jährt sich die Anordnung zur Aufstellung von Baueinheiten des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zum 50. Mal. Nahezu drei Jahre nachdem die ersten Wehrpflichtigen zur Nationalen Volksarmee der DDR eingezogen wurden, bot der Staat jungen Männern an, statt mit der Waffe zwar in Uniform, aber „mit dem Spaten zu dienen“. Ein ziviler Ersatzdienst war das nicht. Dennoch führte diese Entscheidung für die Mehrzahl der Betroffenen zu einer beruflichen Diskriminierung. Nicht wenige der Bausoldaten hatten christliche Motive für ihre Entscheidung und waren Pazifisten.

> Wie reagierten die Schule, die Eltern und andere Institutionen, wenn die Entscheidung gegen den Waffendienst fiel?

> Welche Erfahrungen sammelten Bausoldaten nach der Verweigerung des Dienstes mit der Waffe? Wie gestaltete sich der Alltag in den 1960er und 1980er Jahren?

> Welche Konsequenzen hatte die Entscheidung für den weiteren Lebenslauf?

Über diese und weitere Fragen spricht der Präsident des Landtages Brandenburg, **Gunter Fritsch**, Bausoldat in den 1960er Jahren, mit dem Journalisten **Stefan Berg**, Bausoldat in den 1980er Jahren. Moderiert wird das Gespräch von der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, **Ulrike Poppe**.

Vor dem Gespräch wird der Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V. und Organisator des Bausoldaten-Kongresses vom September 2014 in Wittenberg, **Friedrich Kramer**, in das Thema einführen.

Interessierte sind herzlich zur Veranstaltung eingeladen.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

[aufarbeitung@lakd.brandenburg.de](mailto:aufarbeitung@lakd.brandenburg.de)

Tel.: 0331 / 23 72 92 - 0, Fax: 0331 / 23 72 92 - 29